

heit befaßten, lehnten die Ausschüsse unter den widersprechendsten Motiven ab. Damit ist aber keine Klarheit geschaffen, sondern die Verwirrung ist nur noch größer geworden. Vor allen Dingen ist bei der Ablehnung der Ausschüsse weniger das Verbandsinteresse als das Gefühl maßgebend gewesen. Selbstverständlich wird ein solches Vorgehen nur in den zwingendsten Fällen von den Mitgliedern gutgeheißen, aber wenn einmal die Notwendigkeit vorhanden ist, muß auch entschieden gehandelt werden. Sämtliche Mitgliedschaften lassen in dieser Frage jedwede Logik vermessen. Entweder haben die Herren kein Wasserchen getrübt und nur im Verbandsinteresse gehandelt, dann mußten die Mitgliedschaften das Programm der Opposition, die Wacht und die Pfingstbeschlüsse über das Programm, die Beschlüsse und die Institutionen unserer Organisation setzen, sie mußten erklären, daß im Rahmen des Status jedwede Sonderbestrebungen zum Wohle des Ganzen erwünscht und zulässig sind, oder bei gegenteiliger Auffassung den Ausschluß vollziehen. Aber weder das eine noch das andre war der Fall. Eine prinzipielle Stellungnahme ist überall unterblieben. Mit der Phrasen von der „Vergewaltigung der Mitglieder“ und nach stundenlangem üblichen Schimpfen auf die Verbandsleitung wurde — mit ein paar Duzend Stimmen — beschlossen, daß die Mitglieder keinen Anlaß hätten, gegen die Opposition des Pfingstkongresses vorzugehen. Solche Beschlüsse sind weder gehauen noch gestochen, sind weder Fisch noch Fleisch. Sie erklären einen unhaltbaren Zustand in Permanenz, wodurch nach und nach die Auflösung und innere Zersetzung der Organisation bedingt wird. Unter solchen Umständen kann die Verbandsleitung die Verantwortung für die ihr aufgegebene Wahrung der Interessen aller Mitglieder nicht mehr übernehmen.

Man gestatte uns, nur mit einigen Strichen die heute in unseren Reihen herrschende Verwirrung zu klären. In Hamburg werden die Mitglieder Bendschneider und Dethloff zum Ausschluß gestellt, nachdem früher bereits Bendschneider aus gleichem Anlasse nicht mehr als würdig befunden wurde, im Vorstande zu sitzen. Obwohl nun zweifellos feststeht, daß bis auf einen kleinen Bruchteil die Hamburger Mitglieder ohne weiteres mit dem Ausschluß Bendschneiders einverstanden sind, wird statt dessen (bei über 1000 Mitgliedern!) Bendschneider mit 48 Stimmen als zweiter Vorsitzender, Dethloff mit 54 Stimmen als zweiter Schriftführer gewählt. Da ist es schwer, keine Satyre zu schreiben. Kann unter solchen Umständen die Verbandsleitung sagen, daß sie die ihr nötige Unterstützung für ihre statutarische Tätigkeit findet, während andererseits die von der oppositionellen Zentralkleitung hinausgegebenen Direktiven prompteste Erfüllung erfahren! In Dresden wird aus Mitleid der Ausschluß nicht vorgenommen, zum Danke dafür zieht der Herr Noack im Land umher und wühlt und heßt in den Versammlungen. Wäre ein solches Beginnen früher jemals einem durchreisenden Kollegen zugestanden worden, der von den örtlichen Verhältnissen keine Ahnung hat? In Berlin werden in der Versammlung die schamlosen Artikel des Kipler (im Sozialist) verlesen, der den Verbandsvorsitzenden und den Berliner Gauvorsteher als Polizeispitzel, als agent provocateur, als Agenten der politischen Polizei bezeichnet und unmittelbar darauf lassen sich die Versammelten einen einstündigen Vortrag von Kipler halten. Ein gleich trostloses Bild entrollt sich in jenen Versammlungen, wo man nicht direkt mit der Opposition zu thun hat. Ohne zu berücksichtigen, daß hier eine Frage zur Entscheidung steht, die alle Mitglieder gleichmäßig berührt, ohne zu erwägen, daß die Verbandsleitung die Unterstützung gerade derjenigen Mitglieder braucht, welche auf dem Boden des Status stehen, setzen sich diese Mitgliedschaften über den strittigen Punkt mit der Entschuldigung hinweg: „uns geht die Sache nichts an, da wir

keine „Opposition“ haben“. Darin besteht doch wahrlich nicht in solch wichtigen Fragen die Aufgabe der betreffenden Mitgliedschaften. Man überläßt es dem Zentralvorstande, mit der Opposition fertig zu werden, selbst aber scheut man sich, Farbe zu bekennen oder den Zentralvorstand in seiner pflichtgetreuen Tätigkeit zu unterstützen. Damit fördert man unbewußt, aber tatsächlich die Bestrebungen der Pfingstkongressler. Wird doch neuerdings in der Wacht Propaganda für die Losreißung der Maschinenmeister vom Verbandsverband gemacht. Heute wäre gewissen Leuten das „eine Fünftel“ ganz angenehm, das früher in dem berüchtigten Δ -Artikel von so minderwertiger Qualität befunden wurde. Aber all diese täglich mehr und mehr in die Erscheinung tretenden verbandsschädigenden Bestrebungen lassen das Gros der Mitglieder kalt, als gälte es den Bewohnern des Mondes. Und in dieser Gleichgültigkeit weiter Mitgliederkreise erstehen der Gaschischen Opposition die willkommensten Bundesgenossen. Während diese Opposition mit allen Mitteln arbeitet, jedes Vorkommnis in böswilliger Weise ausschachtet, jeden Redner, der nicht gegen sie spricht, als „Genossen“ für sich reklamiert, steht die Mehrzahl unserer Mitglieder diesem Treiben teilnahmslos gegenüber. Diese Indolenz nützt Herrn Gasch mehr als die „Ueberzeugung“ seiner Anhänger.

Bedarf es daher weiterer Beweise, daß insolge der monatelang und konsequent durchgeführten Heßarbeit nach und nach ein Stumpfsein, ein Marasmus Platz greift, der das feste Gefüge des Vertrauens, das Zusammengehörigkeitsgefühl, das kollegiale Leben und den kollegialen Geist auseinanderreißt und der Organisation tödliche Wunden zufügt? Wohin soll es führen, wenn die Opposition ständig von ihren Rechten spricht, aber nicht ein einziges Mal sich auf ihre Pflichten besinnt?

Wo bleiben aus ruhiger denkenden Mitgliederkreisen die Proteste gegen diese jammervollen Zustände, welche den Verband „reorganisieren“ sollen? Der Verband wird geradezu zum Gespött aller vernünftigen Leute. Fortgesetzt wird die Verbandsleitung in der brutalsten Weise provoziert und es soll verwehrt sein, dem energisch entgegen zu treten. Die B.-W. zeichnen seit fünf Wochen fünf verschiedene „Redakteure“, darunter ein Redakteur der Leipziger Volkszeitung und ein Konsumvereinskassierer, der seit Jahr und Tag vom Verus abgegangen ist. Der Verband ist es seiner Würde schuldig, daß er diese infamen Provokationen gebührend beantwortet. Versagen die Mitglieder der Verbandsleitung hierzu die Mittel, dann haben die entstehenden Folgen die Mitglieder zu tragen. Es muß Klarheit geschaffen und mit der Opposition des Pfingstkongresses Schluß gemacht werden. So lange dies versäumt wird, werden immer wiederkehrende Provokationen und Stänkereien der Opposition — und das wird sie um ihrer Selbsterhaltung willen thun müssen — den Verband erschüttern.

Ein persönliches Interesse liegt bei keinem der Verbandsfunktionäre vor, wenn ein entschiedenes Vorgehen gegen die Opposition verlangt wird. Aber unter den heutigen Verhältnissen ist an ein erfolgreiches Arbeiten nicht zu denken. Gleichgültig sieht die Mehrzahl der Mitglieder zu, wie die Opposition Stein um Stein von unserm stolzen Bau niederreißt; einzelne Klatschen dazu Beifall. Da sind wir an der Grenze angelangt, wo ehrliche Leute die Verantwortung für ein solches Treiben ablehnen müssen, wenn man sie zwingt, thatenlos demselben zuzuschauen. Weder die Verbandsleitung noch die Redaktion ist angesichts dieser Thatsachen im Stande, die ihnen übertragenen Verpflichtungen erfüllen zu können. Es wird daher, um klare Bahnen zu schaffen, notwendig sein, die gesamten Mitglieder des Verbandes zu befragen, welche Maßnahmen gegen die Opposition zu ergreifen sind. Wie

die Abstimmung auch ausfallen mag, für die Verbandsleitung wie für die Redaktion ist sie als solche gleichgültig, nimmt ja dann ein höherer Faktor — die Gesamtheit — die Zügel in die Hand. Dem Willen der Mehrheit der Mitglieder muß entsprochen werden. Auch die Opposition wird sich dem fügen müssen, obgleich sie bisher die Beschlüsse der Mehrheit ignoriert und bekämpft hat. Vielleicht denkt sie neuesten anders darüber — trotz Kipler, der den Mehrheitsbegriff als reaktionär bezeichnet. Da aber gegenwärtig im Hauptquartiere des Herrn Gasch — in der Druckerei der Leipziger Volkszeitung — auf feurigem Papier gedruckt die Siegesbulletins aus Rußland, pardon aus Dresden, Berlin, München usw. mit: „Großer Sieg in ***“ bekannt gegeben werden, und diese „Siege“ lediglich durch Abstimmungen und somit nach Zahlen festgestellt worden sind, so dürften auch für die Zukunft die Zahlen einer Urabstimmung für die Opposition maßgebend sein. Die Kollegen mögen daher bei der demnächstigen Urabstimmung sich der ernsten Pflichten bewußt sein, die sie damit übernehmen. Nicht um Gewaltmaßregeln in die Hände des Zentralvorstandes zu legen, werden sie an die Urne gerufen, sondern um zu dokumentieren, ob der Verband nach seinem Statut und den Beschlüssen der Generalversammlungen geleitet werden soll oder nach der Phrasologie einiger persönlicher Gegner der jetzigen Verbandsleitung. Unzweideutig muß für alle der Weg klar sein — ihn neuerdings und endgültig vorzuzeichnen ist der Zweck der Urabstimmung, mit ihr sind indirekt alle die brennenden Fragen vereinigt, die uns heute bewegen. Je nach dem Ausfalle der Willensäußerung der Gesamtheit werden die Geschicke des Verbandes in den Händen der mit Einstimmigkeit berufenen Verbandsleitung verbleiben oder in die Hände des Herrn Gasch verlegt werden. Ein Drittes gibt es nicht. Darüber möge sich jeder klar sein, und nun, Kollegen, entscheidet nach Pflicht und Gewissen.

Die Leipziger Volkszeitung.

Wenn man in den jüngsten Wochen die Leipziger Volkszeitung zur Hand nahm und namentlich jene Artikel und Notizen aufmerksam las, welche sich mit Buchdruckerangelegenheiten beschäftigten, konnte man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß dieses Arbeiterblatt dabei ängstlich bemüht war, den Thatsachen und der Wahrheit möglichst weit aus dem Wege zu gehen. Wenn es uns nun gleichgültig ist, inwiefern sich die Leipziger Arbeiterschaft über Buchdruckerangelegenheiten „aufklären“ lassen will, so erachten wir es doch für unsere Pflicht, festzustellen, wie einseitig und tendenziös die Volkszeitung heute noch wie seit vielen Monaten eine der vornehmsten deutschen Arbeiterorganisationen gegenüber den übrigen Arbeitern herabwürdigt. So hat z. B. unsere Bemerkung über die Vermittlung von Streikbrechern nach Luzern durch den Leipziger Prinzipals-Arbeitsnachweis einem Redakteur oder Mitarbeiter der Volkszeitung (vielleicht dem „sozialdemokratischen Buchdrucker“? s. unter Leipzig) Veranlassung gegeben, u. a. zu schreiben: „Deutschland kann die korumpierende Wirkung der Tarifgemeinschaft schwerlich in der Erscheinung treten. Die unbecommene Thatsache, daß der „sogenbringende“ Tarifarbeitsnachweis sich als Streikbrechervermittlung entpuppte, konnte nicht totgeschwiegen werden, zur höhern Ehre der Tarifgemeinschaft wird aber dieser Verrat an der Gehilfenschaft von deren Führern und dem patentierten Verbandsorgane — beschönigt... Das sind die Früchte der Tarifgemeinschaft. Der „größte Gewerkschaftsführer des Jahres“ und seine Rammen können stolz sein.“ — Es gehört eine große Portion Unberührtheit dazu, glauben zu machen, daß wir diese Streikbrechervermittlung „beschönigt“ hätten. Und gegen eine solche Unterstellung zu verwehren, halten wir unter unsrer Würde. Thatsache ist jedoch, daß der Arbeitsnachweis der Prinzipale sich dem § 48 des Tarifs unterstellt hat, wonach gemäß der Tariforganisation der Arbeitsnachweis verpflichtet ist, im Geltungsbereiche des Deutschen Buchdruckerartaris nur tariftreue Gehilfen in tariffreie Geschäfte zu vermitteln, die Arbeitsvermittlung nach der Reihenfolge der Anmeldung der Arbeitslosen zu erledigen, die durch ihr Eintreten für den Tarif arbeitslos Gewordenen an erster Stelle zu führen und eine Kontrolle über die Einhaltung dieser Verpflichtungen den Kreisvertretern (also auch dem Gehilfenvertreter) zu gestatten. Wir fordern die L. B. auf, nachzuweisen, daß der Leipziger Prinzipals-Arbeitsnachweis diesen Verpflichtungen nicht nachgekommen ist, daß, soweit die Tarifgemeinschaft reicht und Prinzipale

und Gehilfen sich auf die Erfordernisse derselben verpflichtet haben, gegen diese Bestimmungen verstoßen hat, dann erst wird die Leipziger Volkszeitung über die „korruptierende Wirkung der Tarifgemeinschaft“ Protokollierungen veröffentlichen können. Und selbst dann hätten wir es erst mit einem Arbeitsnachweis zu thun. Die Vermittlung von Streifbrechern nach der Schweiz verurteilt jeder organisierte Buchdrucker auf das Schärfste — aber auch ohne Tarifgemeinschaft wären wir nicht im Stande gewesen, dies zu verhindern, so lange es Arbeiter gibt, die sich bereitwillig gegen ihre Arbeitsgenossen auszuspielen lassen. Diese Seite läßt die L. V. gänzlich unberücksichtigt. Und dazu hätte sie umso mehr Veranlassung gehabt, als der Sohn eines in hervorragender Parteilichkeit sich befindenden Leipziger Genossen sich ebenfalls durch den Arbeitsnachweis nach Luzern vermittelte ließ. Jedemfalls ist dem jungen Mann aufgegeben worden, das „patentierter Verbandsorgan“ nicht zu lesen, und somit ist vielleicht der Betreffende „ganz unschuldig“ als Streifbrecher vermittelte worden. Da nach den uns gewordenen Mitteilungen nur vier von den durch den Leipziger Arbeitsnachweis vermittelten Streifbrechern in Luzern arbeiten, steht der in der L. V. zum Vorschein kommende Schimpf-Paroxysmus in keinem Verhältnis zu der Wirkung dieser Vermittlung. Sollen wir vielleicht die 2000 Leipziger Verbandsmitglieder hinstellen lassen, um damit gewissen Leuten einen Gefallen zu thun? Wir haben beim Ausbruch des Streiks ausführlich und prinzipiell denselben behandelt und pflichtgemäß die Kollegen auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht, eine Exekutive gegen Streifbrecher besitzt niemand, gleichviel von wo aus dieselben sich „vermitteln“ lassen. Objektiv — namentlich nicht auf der Grundfrage der vom Leipziger Arbeitsnachweis übernommenen, im Tarife festgelegten Verpflichtungen — hat demnach die L. V. nicht gehandelt, das wollte sie auch nicht. Den Leipziger Arbeitsnachweis verhindern zu wollen, das außerhalb der Tariforganisation zu thun, was er gethan hat, bedeutet die Provokation eines Konfliktes, da sowohl Unternehmer wie Arbeiterorganisation betroffen sein werden, ihre Selbstständigkeit zu wahren und ein von dieser oder jener Seite ausgehender Druck zur Nachfrage wird und zu unabsehbaren ernsthaften Verwicklungen führen muß. Wer gewissenlos sich darüber hinwegsetzt, ist sich weder der damit verbundenen Verantwortung bewußt, noch kann er in Wahrheit nach Lage der Verhältnisse und Allgemeinverhältnisse das Wohl der Kollegen im Auge haben.

In einer weiteren Nummer behandelt die L. V. unsere kürzlich gebrachte Notiz, wonach wir 15000 Zeilen Manuskript auf Lager haben und sept hässlich hinzu: „Es ist schwer, sich auf diese Notiz einen Vers zu machen“. Die L. V. macht sich aber — findig wie sie nun einmal ist — einen daraus, der aber auch danach ist, indem sie meint, wir wollten damit „unliebsame“ Berichte hintanhalten, die über die Ausschüsse berichten. Dabei haben die Dresdener Versammlung schon vor etwa vier Wochen getagt. Wir pflegen die eingehenden Berichte nach der Reihenfolge ihres Einganges zu behandeln; daselbstes Schicksal ist dem Dresdener Bericht widersfahren, der infolge des ungeheuren Stoffandranges 13 Tage nach seinem Eingange veröffentlicht wurde und zwar in derjenigen Nummer, welche mit der Nummer der L. V. die die oben erwähnte Notiz brachte, gleichzeitig erschien. Die L. V. täuscht sich sehr, wenn sie meint, wir handelten nach ihrer Taktil, unliebsame Artikel überhaupt nicht zu veröffentlichen, so z. B. würde ihren Lesern auch interessieren, was in letzter Zeit die Sächs. Arbeiterzeitg. über das hiesige Parteilorgan veröffentlicht hat. Fragliche Nummer zeichnet als Redakteur Herr Richard Lipinski. Wir geben denselben anheim, auch einmal die Vorkommission seines speziellen Berufes zu besprechen und namentlich solche Artikel, welche seine Person jüngst im „Handelsangelegenheiten“ betrafen. Vielleicht bezieht dies auch einig Interesse für die Arbeiter Leipzigs. Die Leipziger Volkszeitung hat sich bisher in dem Kampf an der Seite des Herrn Gash keine Vorbeeren geholt und das wird auch in Zukunft der Fall sein. Die Personen mögen in unserm Verbands wechseln, das Programm bleibt das alte und das ist in diesen Fragen so grundverschieden mit dem Programm der Volkszeitg., daß den betreffenden Herren jede Hoffnung bekommen ist. Glaubt die L. V. der modernen Arbeiterbewegung einen Dienst zu erweisen mit ihren fortgesetzten Verdächtigungen der Verbandsleitung und der Organisation, gut, so mag sie es thun, es wird auch einmal die Zeit kommen, wo sie die Früchte ihrer vergebenden Thätigkeit ernten wird.

Korrespondenzen.

B. Berlin. Die Außerordentliche Vereinsversammlung vom 8. August mit der Tagesordnung: „Wie stellt sich der Verein denjenigen Mitgliedern gegenüber, welche dem Beschlusse der Außerordentlichen Vereinsversammlung vom 7. Februar d. J. nicht nachgegeben sind?“ wurde um 11 Uhr durch den zweiten Vorsitzenden Bach eröffnet. Derselbe nahm einen derartig stürmischen Verlauf, daß es kaum möglich war, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. Schon während der Rede des Vorstandreferenten kam es zu fortwährendem grobem Unruhe. Ja es hatte den Anschein, als ob man es auf eine polizeiliche Auflösung der Versammlung abgesehen habe. Die Gashaner saßen in geschlossenen Gruppen

zusammen und schossen ihre giftigen Pfeile gegen alle ihnen unliebsamen Redner ab. „Zielbewußt“ ab. Als im Jahr 1895 Herr Prof. Dr. Förster im Verein einen Vortrag hielt, sprach er sich anerkennend darüber aus, daß die Buchdrucker auch eine gegenteilige Meinung mit Ruhe anzuhören pflegen: er meinte, daß die Buchdrucker den Studierenden als Muster gelten könnten. Innerhalb zweier Jahre ist es vollständig anders geworden. Der Mann, welcher jahrelang eine leitende Stelle im Verband einnahm, hat es verstanden, die Gemüter eines, wenn auch nur kleinen Teiles der Mitglieder so in Erregung zu versetzen, daß jeder Kollege niedergeschrien wird, der an der Unfehlbarkeit von Gash und Genossen zweifelt. Der anständige Teil der Kollegen wendet sich mit Ekel ab von diesem wüsten Gebaren. — Kollege Rastini ging in seinem Referate nochmals auf die Vorgänge innerhalb unserer Organisation ein und erklärte, daß jedem Mitgliede die volle Freiheit in Wort und Schrift gesichert sei, sobald es sich auf den Boden der statutarischen Bestimmungen stelle. Zu allen Zeiten habe es Opponenten, habe es Tarifgemeinschafts-Freunde und -gegner gegeben, aber dieselben hätten ihre Ansichten stets im Rahmen der Organisation zum Ausdruck gebracht. Unsere jetzige sogenannte Opposition stelle nun die durch nichts bewiesene Behauptung auf, daß ihnen das Recht der freien Meinung in der Organisation vorenthalten werde (unsere Vereinsversammlungen beweisen das Gegenteil); die Herren glaubten daher, ein Organ benutzen zu müssen, welches zwar nicht im Stande, Material gegen die Tarifgemeinschaft zu erbringen, dem aber jedes Mittel recht sei, den Verband und seine Leiter zu bekämpfen und herunterzureißen. Und wie denke Gash und sein Anhang über die Berliner Kollegen? In dem offiziellen Organe der Opposition heiße es: „Die Mehrheit der Berliner Mitglieder sei eine Masse brennender, aufgeblasener Tröpfe“. Um unsere Organisation öffentlich zu diskreditieren und herabzuwürdigen schreibe die B.-W.: „Ein aufrecht gehender Arbeiter muß sich schämen, dem Verband anzugehören“. Und dieser Mann, der die Organisation in solcher Weise beschimpft, gründete eine Sonderorganisation im Verbands, wobei ihm sein dienstbefähigster Berliner Anhang hilfreich zur Seite standen habe. Seit der Februarversammlung herrschte eine zeitlang Ruhe. Diese Ruhe wäre auch beinahe der Untergang der B.-W. gewesen, denn die Mittel seien nicht in genügender Weise gelassen und so sann Herr Gash auf neue Wege, um seine Truppen in Bewegung zu setzen. Der von ihm einberufene Pfingstkongress habe die Ruhe beseitigt und die den Verband zersetzende Thätigkeit mache sich in verstärkter Weise bemerkbar. Die auf diesem Kongresse gefassten Beschlüsse bildeten unbedingt die Grundzüge einer Organisation, was Redner durch Beweise feststellte. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei ein Vorwärtsschreiten nicht zu denken, weil Gash und seine Hilfstruppen dies verhindern. Daß die B.-W. fernerhin für den Verband wirken könne, sei vollständig ausgeschlossen, dagegen aber ungewiss, daß sie die Interessen des Verbandes nicht betrachte. Redner brachte die Partei in Vergleich zu unserer Organisation und bemerkte, daß, als 1891 der Partei der Vorwurf gemacht wurde, Kleinbürgerliche Bestimmungen zu hegen und von den Opponenten Blätter gegründet wurden, um die Partei und ihr Programm zu bekämpfen, viele Opponenten aus der Partei entfernt wurden. Wollten wir nicht ruhig zusehen, wie das feste Gefüge des Verbandes von einzelnen Mitgliedern langsam zerstört werde, so müßten die Kollegen sich heute dazu aufraffen, daselbstes zu thun, was 1891 die Partei gethan habe. Wer nicht mit uns sei, sei gegen uns und gehöre nicht in die Organisation. Laut Beschluß der Februarversammlung habe sich der Vorstand gezwungen gesehen, die Kollegen Kistler, Martini, Michaels, Rosenthal und Leufert zwecks Aussprache zur Vorstandssitzung einzuladen. Im Interesse des Friedens habe sich der Vorstand die größtmögliche Milde gegeben, den Herren eine Brücke zu bauen; man glaube bestimmt, eine Verständigung herbeiführen zu können, sah sich aber bitter getäuscht, denn die ersten vier Herren erklärten fest und bestimmt, „auf dem Boden der Leipziger Kongressbeschlüsse zu stehen und davon nicht abzulassen“, während der letztere jede Beantwortung der vorgelegten Fragen verweigerte. Die heutige Versammlung werde nun zu entscheiden haben, ob jedes Mitglied schalten und walten könne wie es wolle oder ob Disziplin und Ordnung die ferneren Merkmale unsers Vereins sein sollten. Redner kam nunmehr noch kurz auf die Kistler'schen Artikel im Sozialist zu sprechen und übte eine vernichtende Kritik an diesem der B.-W. entnommenen Wirrwarr. Der Meinung Kistler's sei er (Redner) ebenfalls, daß diese Opposition jetzt den letzten Kampf innerhalb der Organisation kämpfe. Unter großem Beifalle schloß Redner mit der Erklärung, daß keinem Mitgliede die freie Meinung genommen werde, jedoch müsse sich jedes Mitglied des Verbandes den Beschlüssen der Mehrheit fügen. Der Vorstand werde die Beschlüsse dieser Versammlung zur Ausführung bringen, lehne aber jede Verantwortung für das fernere Geben des Verbandes ab, wenn nicht Maßnahmen ergriffen würden, die den jetzigen unheilbaren Zuständen ein Ende bereiteten. Nachdem der auf Kommando in Szene gesetzte Kadaw sich gelegt hatte, brachte Kollege Bach folgende eingelaufene Resolution zur Verlesung: „Die am 8. d. M. in dem Saale der Buchdruckerei zu einer Außerordentlichen Vereinsversammlung zusammenberufenen Mitglieder des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftsetzer nehmen von der

Mitteilung des Vorstandes Kenntnis, die dahin geht, daß die Anhänger der sogenannten Tarifgemeinschafts-Opposition der Berliner Februar-Resolution nicht entsprochen haben, sondern nach wie vor — zum Teile gemäß ihrer persönlichen Erklärungen vor dem Vorstand — an ihren vereinszerlegenden Bestrebungen festzuhalten gedenken. Troßdem die heutige Versammlung gemäß dem Ausdrucks des Willens der Februar-Versammlung berechtigt wäre, diejenigen Kollegen aus ihrem Reihen auszuschließen, denen Sonderbestrebungen und ein vereinschädliches Verhalten nachzuweisen sind, empfiehlt sie im Interesse der Friedensliebe und aus Rücksichtnahme auf die Auszuschließenden, den letzteren eine Frist von 14 Tagen zu gewähren, in welcher dieselben ohne weitere Aufforderung dem Vorstande mündlich oder schriftlich die Erklärung abzugeben haben: daß sie die Beschlüsse, welche auf dem Leipziger Pfingstkongresse gefaßt worden sind, für sich nicht mehr als verbindlich erachten, sondern ihre Ansichten lediglich in dem Verbandsorgan zum Ausdruck bringen wollen. Sollten die bisher Aufgeforderten wider Erwarten unterlassen, innerhalb der festgesetzten Frist obige Erklärung abzugeben, so wird der Vorstand beauftragt, dieselben auf Grund § 5 des Statuts auszuschließen. Gleichzeitig ermächtigt die Versammlung den Vorstand, weitere Ausschüsse in dieser Richtung vorzunehmen, indem sie in denselben das Vertrauen setzt, nur dann zu dieser Maßnahme zu greifen, wenn es das Interesse unserer Organisation dringend erfordert.“ Hierauf erhielt Kollege Kistler das Wort. Derselbe ersuchte zunächst für sich um Ruhe, was eigentlich überflüssig war, da seine Freunde ja nicht die Absicht hatten, ihn während seiner Rede zu unterbrechen und der größere Teil der Versammlung zu anständig war, um tumultuarische Szenen aufzuführen. Zunächst behauptete der Redner von sich, stets ruhig und sachlich (?) gewesen zu sein. Man sei erstaunt über das Herausgreifen dieser 5 Kollegen; mindestens 15 Kollegen fühlten sich beleidigt, daß auch sie nicht vorgeladen wurden. Er behauptete, daß die Mitglieder der Opposition daselbstes Interesse für den Verband hätten wie die übrigen Verbandsmitglieder und bezeichnete es als unwar, daß sich die Mitglieder der Opposition nicht auf den Boden der Generalversammlungs-Beschlüsse stellten. Die Opposition sei nicht gegen den Tarif, sondern gegen die Tarifgemeinschaft. (Gelächter.) Er halte es für notwendig, daß die Widertheil sich ein Blatt geschaffen habe, um Material für Beseitigung der Tarifgemeinschaft zu sammeln. Redner ging dann näher auf die bisher vorgenommenen Ausschüsse ein und bemühte sich zu beweisen, daß dieselben zu Unrecht vorgenommen wären. Der § 5 des Statuts wäre nur für Streifbrecher geschaffen, niemals aber gegen „Anderdenken“. Allerdings wäre nachträglich ein Passus im Statut aufgenommen worden, wonach der Ausschluß auch wegen grober Schädigung von Verbandsinteressen erfolgen kann. Niemand könne aber dieser Passus für Gash und seinen Anhang Anwendung finden. (Die „Rechtsbelehrung“ erregte natürlich Heiterkeit.) Im weiteren gab Redner das wieder, was er in spaltenlangen Artikeln im Sozialist geschrieben hat, beschuldigte dann noch den Berliner Gauvorstand sowie die übrigen Vorstände der Statutverletzung, forderte die Zurücknahme sämtlicher Ausschüsse sowie Einsetzung einer aus Anhängern beider Richtungen bestehenden Vorkommission für den Corr. und schließlich die Amisniederlegung Böblins, welcher „mit Professor Schmöller und anderen Kathedersozialisten in einem Ausschusse vereint ist“. Dafür bietet er das Entgegen der B.-W. Die Redezeit wurde auf 10 Minuten beschränkt, nachdem ein Antrag auf Schluß der Debatte abgelehnt worden war. Kollege Faber ersuchte, die Resolution abzulehnen und zwar nicht aus den von Kollegen Kistler angeführten Gründen, sondern weil er dieselbe nicht für zweckmäßig erachte, denn durch die Ausschüsse werde eine größere Unruhe Platz greifen. Es müßten konsequenterweise weitere Ausschüsse alsdann erfolgen und eine noch größere Unsicherheit würde sich bemerkbar machen. Die Hauptaufgabe eines jeden Einzelnen müsse in Zukunft sein, die B.-W. zu unterdrücken; er habe gefunden, daß in derselben nur ein persönlicher, gehässiger Kampf geführt werde und dieselbe die niedrigsten Leidenenschaften der Kollegen entfessele, dagegen sehr wenig gegen die Tarifgemeinschaft bringe. Bisher habe man es sich für eine Ehre angerechnet, für die gewählten Vertreter der Organisation einzutreten. Und was geschähe heute? Mit reiner Schadenfreude würde über die Entlassung des Kollegen Dominé aus der Parteidruckeri gesprochen. Mit welcher Freude habe man es von gewisser Seite begrüßt, daß Kollege Richter, welcher die Interessen seiner Gewerkschaft zu vertreten hatte, aus dem Wahlverein ausgeschlossen wurde. Redner stellte sich auf den Standpunkt, die B.-W. zu unterdrücken, womit er glaube, eher zum Ziele zu gelangen, als durch die Ausschüsse. — Kollege Böblin würde sich der Ansicht Faber's anschließen, wenn man dadurch die jetzige Art der Opposition im Verband unterdrücken könne. Die Erfahrung habe aber gelehrt, daß es dadurch nicht anders und vor allem nicht besser werden würde. Die Hauptangriffe richteten sich gegen seine Person. Er müsse aber behaupten, daß auch bei jedem nachfolgenden Vorstehen, der ebenfalls das Interesse des Verbandes im Auge habe wie er und nicht mit Gash durch die und blühen ginge, dieselben Szenen sich abspielen würden. Nachdem Redner noch das jüngste Gebaren der Leipz. Volkszeitg. nach Gebühr kritisiert und der Opposition vor Augen hielt, daß sie nicht den Mut besitze, die Konsequenzen ihrer Handlungsweise zu ziehen,

erhob sich folch ein Geschrei und Getöse, daß Redner aus Rücksicht auf seine Gesundheit auf das Wort verzichtete. Hatte Herr Klinger beim Anfange seiner Rede um Ruhe gebeten und diese auch gefunden, so muß hier konstatiert werden, daß an seinem Tische der größte Raub entstand, ja es hatte den Anschein, als ob K. das Signal zum Ständemachen gegeben hätte. Kollege Sonnenburg sprach zunächst über die allgemeine Lage der Arbeiter hinsichtlich ihres Standpunktes zum Unternehmertum und sodann gegen die Ausschüsse. — Nachdem Kollege Bested unter größter Unruhe für die Resolution gesprochen und auf die Handlungsweise der Opposition in der heutigen Versammlung hingewiesen, wodurch allen anständigen Kollegen der Besuch der Versammlungen verleidet würde, kam es zur Annahme eines Schlüsselantrages und zur Abstimmung über die Resolution. Fünf Kollegen, welche das Bureau bildeten, und verschiedene andere Kollegen, welche sich zur Zeit der Abstimmung auf dem Podium befanden, konstatierten die große Mehrheit für die Resolution. Nun wuchs der Lärm derartig, daß der Vorsitzende, um der drohenden polizeilichen Auflösung vorzubeugen, die Versammlung noch rechtzeitig schloß. — Nach uns tagten in demselben Lokale die Antisemiten; in dieser Gemeinschaft soll es nach den antisemitischen Blättern bedeutend ruhiger zugegangen sein. Das will viel sagen!

Duisburg, 13. August. (Zur Lage der Maschinenmeister im Bezirke Duisburg.) Die Aufnahme der Statistik erfolgte in der Zeit vom 27. Juni bis 4. Juli und wurde von 25 Druckerien Material eingefandt. In diesen 25 Betrieben wurden insgesamt 37 Maschinenmeister beschäftigt, davon sind 18 Verbandsmitglieder, welchen 19 Nichtmitglieder gegenüberstehen. Dem Maschinenmeistervereine, welchem nur Verbandskollegen betreten können, gehören 15 Maschinenmeister an. An Maschinen waren vorhanden: 4 Rotations-, 7 Doppel- und 73 einfache Maschinen. Die Arbeitszeit ist in 11 Druckerien einheitlich geregelt und beträgt 9 Stunden, in 5 Druckerien wird 10 Stunden und in 2 Druckerien 10½ Stunden gearbeitet, während bei den übrigen 7 Druckerien eine Arbeitszeit nicht angegeben ist. Ueberstunden kommen in 21 Druckerien selten vor, während in 1 Druckerie wöchentlich 2 Stunden und in 2 Druckerien täglich 2 Stunden überarbeitet wird. Sodann werden noch in 1 Druckerie Ueberstunden wegen der Zeitung gemacht, jedoch unbestimmt. Nacharbeit findet in 2 Druckerien statt und zwar an Rotationsmaschinen. Entlohnt sind 26 Maschinenmeister über, 3 zum und 9 unter Minimum. Lehrlinge sind 20 vorhanden und an Hilfspersonal wurden 27 männliche und 37 weibliche Personen gezählt. Nur in 1 Druckerie findet die Maschinenmeisterklausel Anwendung, und zwar wird dort der jugendlichen Arbeiter wegen 10 Stunden gearbeitet, dafür pro Woche 3 Ueberstunden bezahlt, bei Geschäftslause jedoch 3 aufeinander folgende freie Stunden gewährt. Wenn auch die aufgenommene Statistik im allgemeinen als zufriedenstellend bezeichnet werden kann, so muß doch eines den Kollegen zu denken Veranlassung geben, nämlich, daß an den 84 Maschinen nur 37 Maschinenmeister beschäftigt sind. In den anderen Bezirken Rheinlands-Westfalens wird es wohl auch nicht besser sein. Und gerade deshalb sollten die Maschinenmeister nicht untätig die Hände in den Schoß legen, sondern alle mit Hand anlegen, unsere Lage nach Möglichkeit zu verbessern, zu welchem Zweck überall Maschinenmeistervereine zu gründen sind, wenn auch nicht für jede einzelne Stadt, so doch für jeden Bezirk. Leider steht unsern Wissens bis jetzt der Bezirk Duisburg allein da mit einem solchen Verein im ganzen Gau Rheinlands-Westfalens. An diejenigen Kollegen aber, welche bis jetzt im Bezirke Duisburg unsern Vereine noch fernstehen, richten wir die dringende Bitte, sich uns umgehend anzuschließen. Jede weitere Auskunft wird bereitwillig erteilt und wolle man sich zu diesem Zweck an unsern Vorsitzenden August Franz, Königstraße 32, II, wenden.

Frankfurt a. M. In dem Berichte von hier in Nr. 92 ist dem Schriftführer ein Lapsus unterlaufen, der richtig zu stellen ist. Es heißt an fraglicher Stelle: „Sodann wurde das Verbalten des Redakteurs kritisiert, welcher für sich eine Zulage von 600 Mk. aus den Arbeitergroßen herauszuschlagen wußte, während er dafür Sorge trug, daß einigen Zeitungsträgerinnen, weil sie einige Zeit verkrüppelt hatten, der ohnehin schon lange Lohn noch gekürzt wurde.“ Dieser Vorwurf war nicht gegen den Redakteur (Dr. Cuard), sondern gegen den kaufmännischen Leiter (Sybow) gerichtet.

Sch-m. Hamburg-Altona. (Außerordentl. Generalversammlung am Sonntag, den 8. August.) Nachdem vom Vorsitzenden die Versammlung, deren Besuch etwa 150 Personen betragen mochte, eröffnet und vom Schriftführer das Protokoll verlesen, welches nach einer Nichtigstellung durch Kollegen G. Bauersfeld genehmigt wurde, schritt man zu Vereinstimmungen, die rasch erledigt waren. — Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurde von den Kollegen Reinte und Klinger der Antrag eingereicht: „Die heutige Außerordentliche Generalversammlung beschließt über den Punkt 2 zur Tagesordnung überzugehen und beauftragt den Vorstand, den Beschluß der Außerordentlichen Generalversammlung vom 18. Juli (Antrag Andreas und Genossen) in geeigneter Weise zur Ausführung zu bringen.“ An der Debatte hierüber, die zur Ablehnung dieses Antrages führte, beteiligten sich außer dem Antragsteller die Kollegen Andreas, Wend-

schneider, Jacobsen und Kunge. Der Vorsitzende gab hierauf den Bericht des Vorstandes über die in der Vorstandsitzung erschienenen Kollegen Wendschneider und Detschloß. Kollege Wendschneider vertrat seinen Standpunkt zur Opposition. Kollege Gauert führte aus, daß die Opposition eine Gegenorganisation nicht besitze, was vom Kollegen Andreas bestritten wurde. Kollege Rosnappi sagte, daß durch die Opposition den Mitgliedern der Versammlungsbesuch verleidet werde. Redner, auch gerade sein großer Freund der Tarifgemeinschaft, hielt dafür, daß ein Modus zur Festlegung der Lohn- und Arbeitsbedingungen unter heutigen Verhältnissen mit den Unternehmern getroffen werden müsse, was auch in der sozialdemokratischen Partei Anerkennung fände. Kollege Gauert reichte einen Antrag folgenden Inhaltes ein: „Die Versammlung sieht in der Zugehörigkeit zu der sogenannten Opposition hier am Orte eine Schädigung der Verbandsinteressen und ist aus diesem Grunde gegen jeden Ausschluß von Mitgliedern.“ Nachdem noch mehrere Redner teils für, teils gegen den Antrag gesprochen, wurde derselbe mit erheblicher Mehrheit angenommen. — Der dritte Beratungsgegenstand: Antrag Klinger und 51 Genossen: „Wiederherstellung des § 15 des Statutenworts, betr. Wahl des Vorstandes“, wurde vom Antragsteller namens seiner fünf Mitunterzeichneten zurückgezogen. — Nunmehr gelangte man zum vierten Punkte der Tagesordnung: Wahl eines zweiten Vorsitzenden und eines zweiten Schriftführers. Nachdem die Namen einer Reihe von Kandidaten genannt und eine Zählkommission gewählt war, wurde die Wahl durch Abgabe von Stimmzetteln vollzogen (Wahlergebnis siehe unter Verbandsnachrichten in Nr. 93 des Corr.). — Zum fünften Punkte der Tagesordnung übergehend, wurde der Bericht der Verbandskommission entgegen genommen und beschlossen, die Herberge zu verlegen und eine Erhöhung des Bezuges der Fremden eintreten zu lassen. — Die Abrechnung vom diesjährigen Johannisfeste (6. Punkt) erbatete Kollege A. Wen del, bemerkend, wenn die Abrechnung mit einem Defizit schließe, so fände dies seine Ursache in dem Umstand und im Bestreben, das Fest so billig wie möglich zu arrangieren, um die Teilnahme an demselben einem größeren Teile der Kollegen zu ermöglichen. Die Abrechnung wurde genehmigt. — Zum siebenten Punkte wurden die Mitglieder des Vergütungs-Ausschusses durch Jurof wiedergewählt. — Zum wieder aufgenommenen ersten Punkte der Tagesordnung gab Kollege Wendschneider die Anregung, der Vorstand möge sich mit den betreffenden Bestimmungen (auf Grund des § 120 a der G.-D.) betr. Arbeiterschutz in den Druckerien beschäftigen. Nach weiterer unerbittlicher Debatte wurde die Versammlung gegen 3 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

I. Hildesheim. In einer am 7. August abgehaltenen Ortsvereinsversammlung wurde auch die allerorten ventilirte Maschinenmeister-Frage diskutiert. Der Bezirksklassifizierer Krülls gab aus dem Bezirk eine umfassende Statistik bekannt, nach welcher die Verhältnisse als gut nicht zu bezeichnen sind. Es arbeiten in Hildesheim 11 Maschinenmeister über, 4 zum, 2 unter Minimum, von diesen 17 sind 12 Verbands- und 5 Nichtverbandsmitglieder. Derselben verteilen sich auf die Firmen: J. Borgmeyer, 1 Geh. über Min.; Gebr. Gerstenberg, 3 Geh. über Min., 2 Lehrlinge; Gebr. Gevete, 1 Geh. über Min.; Großhoff & Co., 1 Geh. über, 1 Geh. zum Min.; P. Hagemann, 3 Geh. zum Min., 2 Lehrlinge; Heider & Hausmann, Prinzipal ist Drucker; J. Kornacker, 1 Geh. über, 1 unter Min.; August Paz, 2 Geh. über, 1 unter Min.; Wilhelm & Wurm, 1 Geh. über Min.; W. v. Wigleben, 1 Gehilfe über Minimum, 2 Lehrlinge. Die Zahl der Ueberstunden, welche geleistet werden müssen, ist eine ganz horrend: so figurieren Gebr. Gerstenberg mit 150, August Paz mit 250, Wilhelm & Wurm mit 200, W. v. Wigleben mit 200 pro Jahr. In den anderen Orten des Bezirks sieht es weniger gut aus. So in Burgdorf: W. Kumpelint, 1 Gehilfe zum Min., 1 Lehrl.; Goslar: Jäger & Lohr, 4 Geh. unter Min., 1 Lehrl.; Peine: Löffler & Diehl, 1 Geh. zum Min.; Schläger, 1 Geh. über Min.; Alfeld: Ernst Behrens, 1 Geh. über Min., 1 Geh. zum Min., 1 Lehrling. In dieser Druckerie müssen bei zehneinstündiger Arbeitszeit noch 300 Ueberstunden pro Jahr gemacht werden; P. Dobler, 1 Lehrl.; G. Holborn, 1 Geh. über, 2 unter Min.; D. Holborn, 3 Geh. unter Min.; J. Steger, 1 Geh. über Min., 1 Lehrling. Aus Einbeek ließ sich, trotz vielen Mahnens, bis jetzt nichts erfahren. Ueber diese Statistik entpann sich nun eine lebhaft und ausgedehnte Debatte. Von der Gründung eines Maschinenmeister-Klubs wurde vorläufig abgesehen, ebenso von ev. Beschläffen; dagegen erklärte man sich mit den gestellten, in Nr. 81 des Corr. zum Ausdruck gebrachten Beschläffen des hannoverschen Maschinenmeister-Vereins vollständig einverstanden. Ein Fall von Tarifverletzung kam ebenfalls zur Sprache. Es war dies die Maßregelung eines Kollegen in der Druckerie von Wilhelm & Wurm, Hildesheimer Tageblatt. Diese Firma, welche riefig in Arbeiterfreundlichkeit macht und nur von Arbeitergroßen lebt, verwehrt aber ihren eignen Arbeitern das Koalitionsrecht. Kollegen werden, sobald es die Geschäftsleitung erfährt, daß sie Verbandsler sind, ohne Gnade entlassen. Hoffentlich werden die Herren Chefs bald eines bessern belehrt werden, wenn es erst an den eignen Geldbeutel geht, da die hiesige Arbeiterschaft jedenfalls die richtige Antwort geben wird. Für den ge-

maßregelten Kollegen ist die Unterstützung nach § 2 beim Gauvorstande beantragt.

* **Leipzig.** Immer neue Wüten treibt die von einem einzigen Manne geschürte Bewegung in den Mitgliederkreisen und trotzdem ein jeder nur halbwegs aufmerksame Beobachter die zerstörende und verbandseindliche Tendenz derselben erkennen müßte, lassen sich doch noch immer Mitglieder von dem gleichartigen Auftreten der Oppositionsführer in ihrem Urteile beirren und folgen dem Unkenrufe, daß der böse Zentralvorstand an allem die Schuld trägt. Täglich greift er mit einem Teil unserer Mitglieder die Verweigerung von Urache und Wirkung in die Erscheinung; durch die Ausschüsse soll der Zentralvorstand den Streit im eignen Lager erregt haben, man übersieht aber die vorausgegangene und verherbende Wirkung der Mißachtung der Generalversammlungsbeschlüsse, überseht oder will übersehen die Gründung eines Blattes mit dem Programm, alle Kollegen, denen an der Erhaltung der Organisation sowie leidlicher tariflicher Zustände für die Mitglieder gelegen ist, mit den nur erdenklichsten Mitteln zu bekämpfen. Nach pharisäer Art wird wegen der „Vererbung langjähriger Mitgliedschaft“ das Mitleid zu wecken versucht, die diesem Betrag aber zum Opfer fallenden Mitglieder sind sich der Tragweite der unbewußt protegierten Anarchie im Verbands nicht bewußt. Die Mitglieder wollen sich vergegenwärtigen, daß der Zentralvorstand nicht etwa ohne berechtigten Grund, sondern erst nach fortgesetzten Provokationen zu diesem letzten Mittel greifen mußte, um dem Verbands sein Ansehen, seine Würde zu wahren. Ein langjähriges Mitglied, welches durch ungünstige Konditions- oder Familienverhältnisse einige Kette machen mußte, wird herzlich aus geschlossen, und sicher hat das letztere den Verband nicht zum tausendsten Teile so geschädigt als die „Opposition“. Aber es liegt eben System in der Untergrabung jeder Disziplin. Wurde doch einem Oppositionellen, welcher als Patient des Nachts die Kneipen frequentierte und dieserhalb in Strafe genommen wurde, von einem seiner Freunde der „gute Rat“ zu teil, „doch acht Tage länger krank zu bleiben, dann wäre dem Verbands das Straßgel wieder abgetropft“. In letzter Zeit beschäftigte sich eine „Oppositionsversammlung“ mit der Frage, die Vereinsbeiträge zu restituieren und dieselben würdigen Händen vorläufig anzuvertrauen; die Anstellung eines solchen Themas ist an und für sich schon ein Verbrechen gegen den Verein und trotzdem ein diesbezüglicher Antrag abgelehnt war, resistierten in der nächsten Woche eine Anzahl (in der Volksz. allein 14) Mitglieder. Nichtsdestoweniger bei der „zielbewußten Opposition“ große Entrüstung, weil einem mit solch böswillig gemachten Kette konditionslos gewordenen Mitglied auf Grund der Vorstandsbeschlüsse (b. Ortsunterstützung § 10) für die Dauer der jeweiligen Arbeitslosigkeit die Unterstützung entzogen wurde. Hieran kann man die ganze Verlogenheit und die Gemeingefährlichkeit der „Opposition“ erkennen. Erst wird auf die Unterstützungskassen, weil zur Verschmelzung fähig, geschimpft, zielbewußt werden Kette auf Kommando gemacht, und bei der ersten Konditionslosigkeit schlagen diese Helden alle „guten Lehren“ ihrer Führer in den Wind und kommen zu den „harmonisiereligen“ Unterstützungskassen des Verbandes gerannt und fordern Geld. Also zum Spielball eigenfinniger Launen soll unsere Organisation herabwürdiget werden, und wir sollten und dürfen uns derartiger unwürdiger Handlungen nicht erwehren? Kollegen, als im Jahr 1882, in der Hauptsache wegen einer Verwaltungsangelegenheit, ein ganzer Ort vom damaligen Unterstützungsverein abgetrennt wurde, hunderte von langjährigen Mitgliedern mit einem Federstrich aller Rechte entleidet wurden, hat sich keine Stimme erhoben, welche von Vererbung lang erworbenen Rechte, Befreiung von Meinungsfreiheit und wie die modernen Phrasen alle heißen, gefaselt hätte, vielmehr forderte man allerorts die Anerkennung gefaselter Beschlüsse und die Unterordnung des Einzelnen unter die Gesamtheit. Selbst der damals zwischen Reform und Corr. geführten Fehde kann ein relativ anständiger Ton gegenüber den heutigen gegnerischen Pamphleten nicht abgeprochen werden. Es muß darum auch heute jede über angebrachte Gefühlsduselei unterdrückt und von jedem Mitgliede Beachtung des Statuts sowie aller statutgemäßen Beschlüsse der Generalversammlung bezw. des Verbands- oder Gauvorstandes gefordert werden. Weicht das nicht, so stellen sich die Betroffenen ganz allein außerhalb des Verbandes und sollen sich nicht wundern, wenn der Vorstand lediglich die Konsequenzen eines verbandsschädigenden Treibens zieht. Ordnung muß in einer Organisation herrschen, sonst ist der Zweck der Vereinigung verfehlt.

Leipzig. Schon seit längerer Zeit, namentlich aber seit Erlaß der bundesrätlichen Verordnung betr. des Buchdruckerzuges, macht sich am hiesigen Ort unter den letztenen Persönlichkeiten der Arbeiter sowie unter diesen selbst eine ganz sonderliche Bewegung bemerkbar. Man kann hinkommen, wo man will, überall hört man die Arbeiter sich vom Druckerbetriebe der Leipziger Volkszeitung unterhalten, und da die hiesigen Arbeiter mehr oder minder jeder ein Stück Arbeitgeber im genannten Betriebe ist, so ist es füglich nicht zu verwundern, wenn die bundesrätliche Verordnung den Gesprächsstoff in mancherlei Hinsicht bietet und namentlich der Passus übererfüllt diskutiert und erzwogen wird, der von der

Fortsetzung in der Beilage.